

# Behörden Spiegel newsletter

Rettung. Feuer. Katastrophe.

BRAND- UND  
KATASTROPHENSCHUTZTAGE  
2020

20. OKTOBER 2020  
DORINT PALLAS WIESBADEN

Nr. 10 Berlin und Bonn

2. Juli 2020



ISSN 2699-9749



**Broemme  
meint**

## Wird der Föderalismus abgeschafft?

(BS) Nach großen Katastrophen habe ich es in den letzten 50 Jahren mehrfach erlebt, dass die Debatte über die Sinnhaftigkeit des Föderalismus vom Zaun gebrochen wird. Ziel der Diskussion ist die Idee, großflächige Gefahrenlagen, wie Hochwasser, Orkane oder aktuell die Corona-Epidemie, zentral vermeintlich besser steuern zu können. Als ehemaliger Chef des THW kenne ich die Vorteile einer einheitlich aufgestellten, leistungsfähigen Einsatzorganisation des Bundes. Die zentrale Steuerung von einer Stelle ersetzt auch beim THW nicht die fachliche Kompetenz der örtlichen Einsatzleitungen. Gemäß dem Sprichwort "Global denken. Lokal handeln." zeigt auch die Corona-Krise, wie wichtig insbesondere die Lagekenntnisse der Kommunen sind. Dies muss auch so bleiben. Die Verbesserungen sehe ich allerdings in einem bundesweiten Vorsorgekonzept und in bundeseinheitlichen, präzise abgestimmten Schwellenwerten, damit bei vergleichbaren Lagen überall gleichermaßen gehandelt werden kann. Es ist beispielsweise nicht vermittelbar, dass in einem Land keiner auf einer Parkbank sitzen darf, in einem anderen bis zu drei Personen. Damit wird die Glaubwürdigkeit von Wissenschaft und Politik untergraben.

### Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019).

## Erste Warnungen versendet

(BS) Die Corona-Warn-App, die vor wenigen Wochen online gegangen ist, hat die ersten Warnbenachrichtigungen an Nutzer versendet. Wie viele Warnungen versendet wurden, lässt sich aus Datenschutzgründen jedoch nicht erfahren.

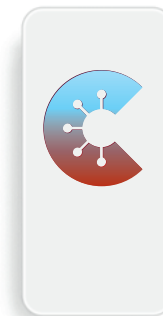
Die Corona-Warn-App funktioniert als eine Art Kontakttagebuch. Die App nutzt die Bluetooth-Technologie, die in jedem Smartphone verbaut ist. Damit wird der Kontakt, die Kontaktdauer und die Entfernung zwischen Personen, die diese Applikation nutzen, registriert. Dazu tauschen die Geräte zufällig erzeugte Krypto-Schlüssel aus. Die Kontakte werden lokal auf dem eigenen Smartphone gespeichert und nach 14 Tagen gelöscht. Die Schlüssel lassen keine Rückschlüsse auf Standort oder Person zu. Dies bedeutet jedoch, dass die App nur mit einer permanent eingeschalteten Bluetooth-Funktion funktioniert und die Wirksamkeit durch mehr Nutzer zunimmt.

Hat sich nun ein Nutzer nachweislich mit dem Corona-Virus infiziert, kann dieser das Testergebnis in der App teilen. Dies geschieht anonym und freiwillig. Um Missbrauch vorzubeugen, benötigen die Nutzer dafür einen QR-Code, der von einem Testlabor bereitgestellt wird, oder eine TAN-Nummer, die bei einer Telefonhotline des zuständigen Gesundheitsamtes erfragt werden kann.

Kontaktpersonen erhalten dann durch die zufällig erzeugten Schlüssel, die bei einer Begegnung ausgetauscht wurden, eine Benachrichtigung. Durch die Warnungen sollen die Infektionsketten frühzeitig erkannt und unterbrochen werden

### Schon 13 Millionen Mal runtergeladen

Mit großer Spannung wurde die Annahme der App durch die Bevölkerung erwartet.



DIE CORONA-WARN-APP:

**HILFT  
INFEKTIONS-  
KETTEN ZU  
UNTERBRECHEN.**

Jetzt die Corona-Warn-App herunterladen und Corona gemeinsam bekämpfen.



Die Corona-Warn-App wurde bereits über 13 Millionen Mal heruntergeladen.

Foto: BS/Bundesregierung

Ende Juni konnten die ersten Befürchtungen eines Debakels ausgeräumt werden. Laut dem Robert Koch-Institut (RKI) wurde die App schon mehr als 13 Millionen Mal heruntergeladen. Damit haben über 15 Prozent der deutschen Bevölkerung die Applikation heruntergeladen. Laut Forschern der Universität Oxford entfalte eine solche App erst bei dieser Verbreitung in Verbindung mit anderen Schutzmaßnahmen ihre vollständige Wirkung.

Streit hatte sich im Vorfeld um die Speicherung der Nutzerdaten entzündet. Erst nach massiver Kritik und Empfehlungen von Datenschützern und IT-Experten entschied sich die Bundesregierung für eine dezentrale Speicherung der Daten. Die Kosten der Corona-App beliefen sich für die Entwicklung auf stolze 20 Millionen Euro. Hinzu kommen Betriebskosten von ebenso stolzen 2,5 bis 3,5 Millionen Euro monatlich. Mit der Entwicklung und dem Betrieb wurden die Deutsche Telekom und SAP beauftragt. Die Fraunhofer-Gesellschaft, das Helmholtz-Zentrum CISA und das RKI standen beratend zur Seite. Die App kann kostenlos im Apple App-Store und im Google-Play-Store heruntergeladen werden.

## Bewerbungen für Drohnenprojekte

(BS) Drohnen spielen bei den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) eine immer wichtiger werdende Rolle. Zuletzt hat etwa die Berliner Feuerwehr solche unbemannten Systeme beschafft, andere Feuerwehren besitzen sie bereits oder forschen in diesem Bereich. Auch Polizeien nutzen die Technik zunehmend.

Bei der Nutzung des Luftraums durch Drohnen kann es allerdings zu Konflikten mit anderen Teilnehmern kommen, etwa Hubschraubern. Um das zu verhindern, ist ein effektives Tracking erforderlich. Hierfür kann ein UAS (Unmanned Aircraft Systems) Traffic Management System (UTM) zum Einsatz kommen. Damit wird eine Echtzeit-Übermittlung der aktuellen Drohnenposition über das Mobilfunknetz ermöglicht. Dies ist vor allem bei Drohnenflügen außerhalb der Sichtweite des Steuerers von Bedeutung.

### Abgabefrist endet im August

Um für eine stärkere Verbreitung solcher Systeme zu sorgen, hat die Droniq GmbH, ein Gemeinschaftsunternehmen der Deutschen Flugsicherung (DFS) und der Deutschen Telekom, einen Wettbewerb ins Leben gerufen. Im Rahmen der Aktion "Deutschland fliegt BVLOS" erhalten zehn Interessenten, die ein konkretes Vorhaben verfolgen, bei dem Drohnenflüge außerhalb der Sichtweite des Steuerers erforderlich sind, einen kostenfreien UTM-Zugang.

Zudem bekommen sie bis Jahresende kostenlos ein Hook-on-Device (HOD) zur Drohnenortung zur Verfügung gestellt. Dafür müssen sie bis zum 31. August ihr Projekt mithilfe eines Kurzsteckbriefes beschreiben. Die von Droniq ausgewählten zehn Teilnehmer müssen dann bis Jahresende einen Ergebnisbericht vorlegen, wie sie das UTM genutzt haben und welche Erkenntnisse sie daraus für ihre Anwendung gewinnen konnten.

### Kundennutzen und Neuartigkeit als Bewertungskriterien

Die Aktion ist auf die Bundesrepublik beschränkt. Angesprochen werden sollen potenzielle Anwender aus dem BOS-Umfeld, der Industrie, Universitäten sowie Drohnenhersteller. Die Anwendungen müssen hierzulande durchgeführt werden und ein öffentliches oder kommerzielles Interesse verfolgen.

Die Ergebnisberichte werden anhand mehrerer Kriterien bewertet. Dazu gehören unter anderem die Neuartigkeit der Anwendung, der Kundennutzen, die Skalierbarkeit sowie das Umsetzungspotenzial im Regelbetrieb. Die drei besten Einreichungen können eine UTM-Lizenz und ein HOD ab dem 1. Januar 2021 ein komplettes Jahr lang kostenfrei nutzen.

Weitere Informationen finden sich unter: [www.droniq.de/blogs/news/aktion-deutschland-fliegt-bvlos](http://www.droniq.de/blogs/news/aktion-deutschland-fliegt-bvlos)

## Infobox

### Unsere anderen Angebote

(BS) In den aktuellen Ausgaben der weiteren Newsletter sowie des Podcasts des Behörden Spiegel finden Sie folgende Themen:

#### [Newsletter "Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik" vom 25. Juni:](#)

- US-Präsenz in Deutschland: worum es geht
- IT-Betrieb der Bundeswehr bis 2027
- Sorgenkind Schützenpanzer "Puma"

#### [Newsletter "Netzwerk Sicherheit" vom 29. Juni:](#)

- Raser: Mordurteil teilweise bestätigt
- Neues Analyseprogramm bei rheinland-pfälzischer Polizei
- Kooperationsvertrag unterzeichnet

#### [Podcast "Public Sector Insider" vom 30. Juni:](#)

- "Bespuckt und getreten": Berlins Landesbranddirektor im Interview
- Der Ton macht die Musik
- Angst vor dem Lockdown

#### [Newsletter "E-Government, Informationstechnologie und Politik" vom 2. Juli:](#)

- BSI will europäische IT sicher gestalten
- Wie sieht die Zukunft der Verwaltung aus?





## Fast 480.000 Einsätze

(BS) Die Berliner Feuerwehr verzeichnete im vergangenen Jahr insgesamt 478.281 Einsätze. Im Vergleich zum Vorjahr waren das über 14.300 Einsätze mehr. Anteilig beträgt der Zuwachs rund drei Prozent. Am häufigsten (343.660 Einsätze) waren auch 2019 wieder Notfallrettungen.

Hinzu kamen fast 35.000 Notfalltransporte, 6.688 Brandeinsätze, 18.818 technische Hilfeleistungen und über 68.000 Erkundungen. Zudem gab es 5.288 Fehleinsätze. Entgegen der Entwicklungen in der Vergangenheit war allerdings ein Rückgang der Rettungsdienstleistungen der Berliner Feuerwehr zu verzeichnen. Deren Zahl nahm von 390.409 im Jahr 2018 auf "nur" noch 378.658 ab.

Zugleich gibt es weiterhin Probleme bei der Erreichung des Soll-Ziels hinsichtlich der Hilfsfrist im Bereich der Notfallrettung. Eigentlich sollen dort in 90 Prozent der Fälle innerhalb von zehn Minuten Einsatzkräfte vor Ort sein. Der tatsächliche Erreichungsgrad dieser Vorgabe lag zuletzt aber nur bei etwa 57 Prozent. Hier sei man zwar schon besser geworden als in den Vorjahren, müsse aber dennoch einiges tun, so Berlins Landesbranddirektor Dr. Karsten Homrighausen.

### Über 200 Attacken

Des Weiteren gab es im abgelaufenen Kalenderjahr mindestens 211 Angriffe auf Einsatzkräfte. Dabei wurden 35 Feuerwehrleute verletzt, wie Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD) sagte. Dies sei keineswegs hinnehmbar, so der Sozialdemokrat weiter. Bei Gewalt gegen Rettungskräfte müsse der Staat konsequent und hart vorgehen, verlangte Geisel. In diesem Zusammenhang kündigte er an, dass die geplante Novelle des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (ASOG) nach der parlamentarischen Sommerpause ins Abgeordnetenhaus eingebracht werde. Der Entwurf sehe auch die Ausstattung von Feuerwehrleuten mit Bodycams vor, so Geisel. Zudem machte der Ressortchef deutlich, dass darüber hinaus noch in diesem Jahr ein neues Landeskatastrophenschutzgesetz auf den Weg gebracht werde.



Präsentierten die Jahresbilanz 2019 der Berliner Feuerwehr: Landesbranddirektor Dr. Karsten Homrighausen (Mitte) und Innensenator Andreas Geisel (SPD, rechts).

Foto: BS/Feldmann

Auch Homrighausen verurteilte die Angriffe scharf. Nicht ohne Stolz berichtete er, dass die Berliner Feuerwehr derzeit deutschlandweit die einzige Feuerwehr mit einer eigenen Gewaltpräventionsbeauftragten sei.

Die Attacken auf seine Mitarbeiter müssten gesellschaftlich noch stärker geächtet werden, verlangte der Landesbranddirektor. Derzeit gebe es statistisch gesehen noch alle 42 Stunden einen Übergriff. Das sei eindeutig zu viel. In 101 Fällen von Angriffen sei 2019 behördlicherseits Strafantrag gestellt worden. Strafanzeige würde in jedem Fall

gestellt. Allerdings käme es bisher nur selten zu Verfahren oder gar Verurteilungen.

Der Jahresbericht 2019 der Berliner Feuerwehr findet sich unter:

[www.berliner-feuerwehr.de/fileadmin/bfw/dokumente/Publikationen/Jahresberichte/jahresbericht2019.pdf](http://www.berliner-feuerwehr.de/fileadmin/bfw/dokumente/Publikationen/Jahresberichte/jahresbericht2019.pdf)

Ein Interview mit Berlins Landesbranddirektor Dr. Karsten Homrighausen findet sich auch in der aktuellen Ausgabe des Podcast des Behörden Spiegel und auf Seite 4:

[www.behörden-spiegel.de/podcast/](http://www.behörden-spiegel.de/podcast/)

## iconos® Lösungen zur Waldbrandbekämpfung

www.iconos-system.com

<p><b>iconos® Feuerbock 2L</b></p> 	<p><b>iconos® Löschexpress</b></p> 	<p><b>iconos® Düsen Schlauch</b></p> 	<p><b>iconos® Kreisregner</b></p> 
--	---	--	---

iconos® Vertriebs GmbH

Tel.: 0203-741469 · [www.iconos-system.com](http://www.iconos-system.com)

## 211 Fälle zu viel

(BS) Die Berliner Feuerwehr veröffentlichte seinen Jahresbericht für das vergangene Jahr. Aus diesem geht hervor, dass die Einsatzzahlen wieder insgesamt stiegen. Die Anzahl der Einsätze des Rettungsdienstes sank jedoch im Gegensatz zu den vergangenen Jahren. Dies sei jedoch nur mit dem Anstieg der Zahl von Erkundungseinsätzen zu erklären, so Berlins Landesbranddirektor Dr. Karsten Homrighausen. Das Interview führte Behörden Spiegel-Redakteur Marco Feldmann.



Dr. Karsten Homrighausen wurde 2018 zum neuen Landesbranddirektor der Berliner Feuerwehr ernannt.

Foto: BS/Feldmann

**Behörden Spiegel:** Herr Dr. Homrighausen, Sie haben kürzlich den Jahresbericht 2019 der Berliner Feuerwehr vorgestellt. Was sind die wichtigsten Zahlen für Sie als Behördenleiter?

**Dr. Karsten Homrighausen:** Die wichtigste Zahl ist sicherlich die Zahl der Einsätze, die wir im Jahr 2019 absolviert und abgearbeitet haben. Dort haben wir mit rund 478.000 Einsätzen über das ganze Aufgabenspektrum der Berliner Feuerwehr eine weitere Steigerung von drei Prozent im Vergleich zu den Einsatzzahlen des Vorjahres zu verzeichnen.

**Behörden Spiegel:** Gibt es eine Erklärung für den Rückgang der Einsätze im Bereich des Rettungsdienstes?

**Homrighausen:** Wir waren im Jahr 2019 sehr aktiv unterwegs hinsichtlich der Fragestellung, welches Versorgungssegment für die Notfälle, die uns am Telefon gemeldet werden, zuständig ist. Wir haben immer wieder berichtet, dass sich auch oftmals Menschen bei uns melden, die sich nicht in einer medizinischen Notlage befinden. Diese Menschen fühlen sich jedoch selbst in einer Notlage. Wir haben im letzten Jahr genau dieses Thema angesprochen. Ich glaube, allein die mediale Aufbereitung hat vielleicht bei dem einen oder anderen dazu geführt, selbst einmal nachzudenken.

Jedoch nahm im gleichen Zeitraum die Zahl der Erkundungseinsätze deutlich zu. Man muss beachten, dass diese beiden Zahlen miteinander korrelieren. Häufig

konnten die Rettungskräfte frühzeitig Entwarnung geben. Der Rettungsdienst ist weiterhin massiv gefordert.

Wir müssen nach wie vor die Themen, welches Versorgungssegment kümmert sich um welche Fälle, wie läuft die Verzahnung zwischen Rettungsdienst und den anderen Versorgungssegmenten, bis hin zu dem Thema, wie können wir auch präventiv wirken, abarbeiten. Insofern ist für mich das Thema Vorbeugender Rettungsdienst sowie das Thema der Selbsthilfefähigkeit des Einzelnen und der Allgemeinheit von besonderer Wichtigkeit.

**Behörden Spiegel:** Welche Strategien gibt es gegen Angriffe auf Rettungskräfte?

**Homrighausen:** Zunächst bin ich entsetzt, dass wir 211 Fälle zur Kenntnis nehmen mussten, wo es zu Angriffen auf Einsatzkräfte kam. Es wird eine Dunkelziffer zu Angriffen geben, bei denen Mitarbeitende oder Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr von einer Meldung und einer Dokumentation abgesehen haben. Die Gründe dafür könnten auf der einen Seite eine gewisse Gelassenheit der Kräfte, die entwickelt wurde, zurückzuführen sein, dass nicht jeder Vorfall zur Anzeige gebracht wird, weil es eine psychische Notlage von dem Hilfeersuchenden oder von den Beteiligten ist.

Auf der anderen Seite, wenn ohnehin Per-

sonalien der Angreifer aus welchen Gründen auch immer nicht feststellbar sind, ist klar, dass auch niemand verurteilt werden kann. Ich kann die Dunkelziffer jedoch nicht einschätzen.

Fakt ist auch, dass 211 gemeldete Übergriffe auf Einsatzkräfte sind 211 Fälle zu viel. Deswegen haben wir uns auch mit aller Vehemenz zu positionieren und auch deutlich zu sagen, was die Erwartungshaltung nicht nur der Berliner Feuerwehr ist, sondern von allen Verantwortlichen, die dort als Helfer zu den Einsatzstellen kommen und dann bespuckt, bepöbelte oder womöglich noch körperlich attackiert werden.

**Behörden Spiegel:** Welche Erfahrungen und Lehren haben Sie als Berliner Feuerwehr aus der Corona-Pandemie im Hinblick auf die Arbeit des Pandemiestabs gezogen?

**Homrighausen:** Seit wir uns bei der Berliner Feuerwehr einig waren, dass wir in einen Operationsmodus eintreten müssen, haben wir einen Pandemiestab aufgestellt. Dieser hat sich mit Prozessen beschäftigt, die es sonst nicht im Alltag gibt, weil sie völlig neu für uns sind.

Ich glaube, die gesamte Gesellschaft hat Entwicklungen im Rahmen der Corona-Krise mitgemacht, die sie nicht auf dem Schirm hatte. Insofern war es folgerichtig, dass wir den Stab aufgestellt haben, den wir jetzt nach 100 Tagen in eine Koordinierungsgruppe überführt haben. Dies ist vor dem Hintergrund geschehen, dass wir jetzt eine Vielzahl von Prozessen neuaufgesetzt, validiert und angepasst haben, die uns jetzt in der Thematik Corona zur Verfügung stehen.

Die Notwendigkeit, einen Präsenzstabes in der jetzigen Lage vorzuhalten, ist momentan nicht mehr gegeben. Es ist auch unsere Aufgabe als Führungskräfte bei den Feuerwehren, sehr gewissenhaft abzuwägen zwischen Notwendigkeit und den Ressourcen, die man dafür braucht. Deshalb haben wir uns entschieden, den Stab auf eine Koordinierungsgruppe zurückzuführen. Mit der Möglichkeit jederzeit, sobald sich die Lage verändert sollte, den Stab wiederaufzurufen.

## Massive Kritik an Kommissionsvorschlag

(BS) An der Idee der Europäischen Kommission zum Ausbau und zur Stärkung des Katastrophenschutzmechanismus "rescEU" wird heftige Kritik geübt. Das zeigt eine Stellungnahme mehrerer Bundsratsausschüsse, darunter der federführende Ausschuss für Fragen der Europäischen Union sowie der Innenausschuss. Darin bemängeln die Ländervertreter die erneute Initiative aus Brüssel sowohl mit Blick auf die verwendete Methodik als auch in Bezug auf wesentliche Punkte ihres Inhalts.

Bemängelt wird in dem Dokument ([Bundesratsdrucksache 306/1/20](#)) unter anderem, dass die Kommission kaum ein Jahr nach Inkrafttreten der Neufassung des EU-Gemeinschaftsverfahrens erneut eine grundlegende Initiative im Bereich des Katastrophenschutzes präsentiert. Aus Sicht des Bundesrates hat "sich das reformierte Unionsverfahren, das erst seit etwas über einem Jahr besteht, als ein starkes Zeichen europäischer Solidarität bewährt". Das nun bestehende System müsse jetzt erst einmal weiter aufgebaut werden. Aber: "Durch die aktuelle Vorlage der Kommission wird dieser gerade kürzlich gefundene Kompromiss nun in Frage gestellt".

Des Weiteren wird kritisiert, dass wie schon 2017 wiederum kein Konsultationsverfahren vorgenommen worden sei. Auch gebe es keine Folgenabschätzung. Dazu meinen die Ländervertreter: "Gerade weil die bestehende Lage sehr komplex ist und Ziel aller Änderungen stets ein tragfähiges Krisenmanagement- und -reaktionsmodell sein sollte, wäre es von hoher Wichtigkeit, erst einmal die aktuelle Situation der EU kritisch zu analysieren, bevor endgültige Schlussfolgerungen gezogen werden."

Inhaltlich wird bemängelt, dass die Idee eigener "rescEU"-Kapazitäten durch die Kommission erneut in Richtung eines Paradigmenwechsels im Sinne einer Vergemeinschaftung weise. Würde dies Wirklichkeit werden, hätte die EU in diesem Bereich nicht mehr nur eine Unterstützungskompetenz, sondern die Möglichkeit, "einen eigenen Katastrophenschutz zu betreiben". Dadurch könnte sie dann gleichrangig zu den eigentlich primär zuständigen Mitglieds-

staaten über eigene Kapazitäten verfügen und selbständig Unionsziele im Vorsorgebereich festlegen, wird befürchtet.

Dies wird von den Bundesländern strikt abgelehnt. Denn: "Damit würden wesentliche Aspekte des nationalen Katastrophenrisikomanagements und der dazugehörigen Planung beschnitten und dementsprechend ureigene Kompetenzen der Mitgliedsstaaten unterlaufen werden, mit aus Sicht der Länder äußerst negativen Folgen für die dezentrale Handlungsfähigkeit der nationalen Gefahrenabwehrsysteme".

Kritisch gesehen wird außerdem das Ansinnen Brüssels, die Anschaffung von "rescEU"-Kapazitäten durch die Mitgliedsstaaten künftig nicht mehr mit 80 oder 90 Prozent der Gesamtsumme zu fördern, sondern sie komplett zu übernehmen.

Dazu heißt es in der Beschlussempfehlung eindeutig: "Betrachtet man das Vorhaben "eigene Beschaffung durch die Kommission" mit Blick auf den Grundsatz der Subsidiarität, ergeben sich aus Sicht des Bundesrates durchgreifende Zweifel daran, dass die EU durch den Einsatz eigener Kapazitäten Katastrophen effizienter bekämpfen könnte als die betroffenen Mitgliedstaaten in eigener Verantwortung." Außerdem wird befürchtet, dass eine Vollfinanzierung durch die Kommission dazu führen könnte, dass Staaten ihre eigenen Anstrengungen in diesem Bereich vernachlässigen oder gar ganz unterlassen. Die Länder befürworten stattdessen die Nutzung des gegebenen, erst kürzlich reformierten Verfahrens. Hier seien die Möglichkeiten zur wechselseitigen und überstaatlichen Hilfe noch bei weitem nicht ausgeschöpft.

Die Heranziehung einer einzelnen Krisenlage, und sei sie wie mit Blick auf die Corona-Pandemie noch so gravierend, sei zudem trotz des schwerwiegenden Verlaufs nicht geeignet, einseitig das europäische Katastrophenschutzverfahren als Ganzes zu vergemeinschaften. Vielmehr gehe es auch hier zunächst um die Nutzung der vorhandenen Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten, die nach Auffassung der Länder zeitnah in einem Aktionsplan der Kommission zusammenzufassen wären.



*Im Bundesrat (Foto) gibt es massive Widerstände gegen eine stärkere Rolle der Europäischen Union im Bereich des Katastrophenschutzes.*

*Foto: BS/Bundesrat*

Über Bestrebungen zur Beschneidung von Länderkompetenzen im Bereich des Katastrophenschutzes wurde nach Informationen des Behörden Spiegel zuletzt auch im für solche Fragestellungen zuständigen Arbeitskreis fünf der Innenministerkonferenz (IMK) diskutiert. Die Mitglieder des Gremiums sprachen sich dem Vernehmen nach klar gegen solche Absichten aus. Vielmehr habe die Corona-Krise gezeigt, dass föderale Katastrophenschutzstrukturen gut funktioniert hätten. Aus diesem Grunde brauche es auch keine Zentralstellenfunktion des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK).

Die Ländervertreter waren sich einig, dass die derzeitige Krise nicht per se dafür genutzt werden dürfe, eine Zentralisierung des Katastrophenschutzes in Deutschland voranzutreiben. Inzwischen gibt es zu diesem Thema auch eine Beschlussfassung der IMK.

Unter dem Titel "Lernen aus der Krise" zogen die Ressortchefs auf der jüngsten Tagung in Erfurt eine erste positive Bilanz zu den Handlungskapazitäten der föderalen Gefahrenabwehr in der Corona-Krise. Der Arbeitskreis fünf, der für Katastrophenschutzthemen zuständig ist, wurde außerdem beauftragt, "unter Zugrundlegung der Prinzipien föderaler Partnerschaft und sektoraler Vorsorge die Fortentwicklung eines Strategie- und Konzeptrahmens für einen zukunftsfähigen Bevölkerungsschutz vorzubereiten".



## Kooperationsgebot statt -verbot

(BS) Die Diskussion rund um die Neuausrichtung des Bevölkerungsschutzes in Deutschland hat durch die Corona-Krise neuen Auftrieb bekommen.

In der Debatte zu der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern im Bevölkerungsschutz legte der Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Ausschusses für Inneres und Heimat Sebastian Hartmann (SPD) ein [Konzeptpapier](#) vor und plädiert für ein Kooperationsgebot statt eines Kooperationsverbots. Das Interview führte Behörden Spiegel-Volontär Bennet Klawon.

**Behörden Spiegel:** Welche Defizite sind durch die Corona-Krise sichtbar geworden?

**Sebastian Hartmann:** Die Corona-Krise hat gezeigt: Risikoanalysen und Bevölkerungsschutzübungen haben zu wenig Verbindlichkeit entfaltet. Vorhandene Strukturen, aber auch die Konzeption Zivile Verteidigung, wurden jenseits aller Übungen, über Jahre und nicht ausreichend mitgedacht. Diese Strukturen müssen wiederaufgebaut werden. Durch die Krise wurden außerdem Mängel bei der Bevorratung sowie bei der Beschaffung von Schutzmaterialien offensichtlich.

Strukturen auf Bundesebene, wie das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) oder das Technische Hilfswerk (THW) müssen enger geführt werden. Das bedeutet in der Konsequenz eine stärkere Trennung zwischen Strategie und Einsatz bzw. politischer Verantwortung. Dabei betone ich stets, dass die Corona-Krise ein Sonderfall des Bevölkerungsschutzes ist.

**Behörden Spiegel:** Wie lassen sich die Defizite überwinden?

**Hartmann:** Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben sich Gedanken gemacht, wie man Zivilverteidigung und Zivilschutz im föderalen Staat organisieren kann und welche Fragen in einem den Ländern vorbehalten bleiben müssen. Diese Trennung zwischen Zivil- und Katastrophenschutz macht heute nur noch wenig Sinn.



Sebastian Hartmann ist seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Foto: BS/Sebastian Hartmann

Auch in Nicht-Verteidigungsfällen können Aktionen durch staatliche oder nicht-staatliche Akteure massive Auswirkung auf die zivile Bevölkerung haben. Sabotage von Kommunikationsnetzen, Wasserversorgung und -entsorgung sind Angriffe, die leider nicht unrealistisch sind. Ich möchte daher weg von einem Kooperationsverbot, hin zu einem Kooperationsgebot. Es ist nicht nachvollziehbar, dass der Bund über Jahrzehnte Bevorratung anschafft und diese jetzt nur langsam an die Länder verteilt werden können. Es geht nicht darum, die Kompetenzen der Länder zu beschneiden, sondern die vorhandenen Kompetenzen besser zu nutzen. Ich möchte einen "Föderalismus Plus" und keinen Zentralismus. Bund und Länder müssen gemeinsam überlegen, wie eine zukünftige Kooperation aussehen kann.

**Behörden Spiegel:** Welche Kompetenzen soll der Bund dabei übernehmen?

**Hartmann:** Wir müssen analoge und digitale Sicherheit zusammen denken. Es gibt bestimmte Fähigkeiten, die man auf Bundesebene vorhalten muss und bei denen es keinen Sinn ergibt, dass jedes Land diese Kompetenz einzeln aufbaut. Das BBK als Bundeseinrichtung sollte beispielsweise ein gesamtstaatliches Lagebild erstellen. Warum sollten wir denn 16 verschiedene Lagebilder haben, die über schwierige Schnittstellen zusammengefügt werden müssen.

Bei der Ausbildung von Krisenhelferinnen und -helfer könnte das BBK gemeinsame Curricula und Informationsgrundlagen erstellen, die genau dort ansetzen, wo wir ein Defizit erkennen. Außerdem kann das BBK eine Schlüsselposition im internationalen Austausch und Wissenstransfer übernehmen, wie in dem Katastrophenschutzmechanismus rescEU. Dies kann auf Bundesebene organisiert werden, ohne negativ in die Kompetenz von Ländern einzugreifen. Bei der Information der Bevölkerung zur Vorbereitung auf mögliche Krisen sollte das BBK eine weitere zentrale Rolle spielen. Mit der Warn-App NINA hat das BBK hier bereits einen wichtigen Beitrag geleistet.

Eine weitere Aufgabe des BBK könnte es sein, gegen Fake News und Desinformationskampagnen vorzugehen. Es gibt bis heute kein zentrales, koordiniertes Vorgehen der Bundesregierung gegen Fake News. Hier entscheidet jedes Bundesministerium für sich. Desinformationskampagnen stellen jedoch eine der neuen Herausforderungen dar, mit denen wir jetzt und in Zukunft umgehen müssen, auch im Bereich Bevölkerungsschutz.

**Behörden Spiegel:** Wie können die Länder davon profitieren?

**Hartmann:** Die Länder sind unterschiedlich leistungsstark. Man kann nicht erwarten, dass jedes Land die gleichen Ressourcen bereithält. Auch haben die Länder unterschiedliche Herausforderungen zu meistern, beispielsweise in Bezug auf ihre Fläche, Ehrenamtsstruktur oder Bevölkerungsdichte. Ein föderaler Staat ist dann stark, wenn er nicht nur Kooperation zwischen den Ländern organisiert, sondern wenn der Bund auch hier Ressourcen und Kompetenzen bereithält.

Durch eine stärkere Einbeziehung des Bundes in den Bevölkerungsschutz könnte man eine gemeinsame, spezialisierte Materialbevorratung schaffen und Ressourcen einfacher und verfassungskonform an die Länder geben. Die Länder profitieren, wenn der Bund hier eine starke Rolle bis hin zur Finanzierung übernimmt.

## NINA-Helpdesk: Mehr als nur technischer Support

(BS) Seit fast fünf Jahren betreibt das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) die Notfall-Informationen- und Nachrichten-App NINA. Genauso lange gibt es auch einen NINA-Helpdesk. Und genauso lange ist dort Christiane Neußer eingesetzt. Sie ist im Referat Warnung der Bevölkerung für die Betreuung des NINA-Helpdesks zuständig. Am Helpdesk werden technische und allgemeine Fragen von Nutzerinnen und Nutzern zur Warn-App beantwortet – per E-Mail und am Telefon. Das Team setzt sich aus sechs Mitarbeitenden auch anderer Referate zusammen und wird nun von weiteren vier Verstärkungskräften aus anderen Bereichen des Hauses unterstützt.

Wegen der Vorsichtsmaßnahmen in der Corona-Krise arbeitet Christiane Neußer wie etwa 80 Prozent der übrigen Mitarbeitenden im BBK vornehmlich von zu Hause aus. "Das ist eine Arbeit, die gut von zu Hause aus funktioniert", sagt sie. Das ist nicht die einzige Änderung im Arbeitsalltag, seitdem Corona die Welt in Atem hält: "Wir hatten gerade zu Beginn der Einschränkungen deutlich mehr Telefonate", berichtet die Koordinatorin des Helpdesks. Dabei gingen die Themen der Gespräche über die üblichen Inhalte zu technischen Fragen und zum Inhalt von Warnmeldungen weit hinaus: "Man hat gemerkt, dass sich die Leute Sorgen machen, da dauerte ein Telefonat schon mal eine halbe Stunde", erzählt sie. So habe eine Frau, die zu Hause Angehörige

pflegt, gefragt, ob 53 Mal Hände waschen pro Tag genug sei. Eine andere Anruferin hatte Angst, als Pflegekraft zwangsrekrutiert zu werden. Mit anderen Personen habe sie gemeinsam gegoogelt, wo es weiterführende Hilfen für ihre Probleme gibt. Christiane Neußer nimmt die Bezeichnung Helpdesk für ihren Arbeitsplatz wörtlich.

### Mehrere Großprojekte

Zusätzlich zu den stark gestiegenen Anfragen und außergewöhnlichen Arbeitsbedingungen wegen der Corona-Lage hat das Referat Warnung der Bevölkerung im BBK in den vergangenen zwei Monaten gleich zwei Großprojekte geschultert: Zum einen die Einführung des Updates 3.0 mit vielen neuen Funktionen für die Nutzenden. Technisch und organisatorisch ebenfalls komplex war die Ertüchtigung der technischen Infrastruktur der Warn-App auf eine Kapazität von 40 Millionen Nutzenden. Das war auf Beschluss des Krisenstabs von Bundesinnenministerium (BMI) und Bundesgesundheitsministerium (BMG) erfolgt und eine Voraussetzung für den neu eingerichteten Corona-Bereich.

Die Bundesregierung nutzt die Warn-App NINA seit Ende April für den direkten Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern, um über die aktuelle Corona-Lage aus erster Hand zu informieren. Das Bundespresseamt, das BMI, das BMG und die Geschäftsstelle der Polizeilichen Kriminalprävention arbeiten hier eng mit dem BBK zusammen.



Christiane Neußer ist für das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) im Referat Warnung der Bevölkerung für die Betreuung des NINA-Helpdesks zuständig.

Foto: BS/BBK, Suntrup

Die großen Anstrengungen des Teams unter Zeitdruck haben sich gelohnt: Die erneuerte NINA ist erfolgreich. Die Anzahl der zuletzt sieben Millionen Nutzenden steigt täglich. Die Bewertungen in den App-Stores sind positiv. Neben der Technik und der Koordination auch ein Verdienst des Helpdesks: "Wir haben alle Anfragen im Auge und antworten in der Regel sehr schnell!", sagt Christiane Neußer, der ihre Arbeit vor allem im Team mit den anderen Kolleginnen und Kollegen viel Spaß macht: "Es ist schön im direkten Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern zu sein. Wir erhalten direktes Feedback und viel Lob für unsere schnellen und freundlichen Antworten."

**BRAND- UND KATASTROPHENSCHUTZTAGE**  
**2020**

20. OKTOBER 2020, DORINT PALLAS WIESBADEN

[www.brand-kata-tage.de](http://www.brand-kata-tage.de)

Eine Veranstaltung des **Behörden Spiegel**

## Aufbau einer "Nationalen Reserve"

(BS) Der Bund plant den Aufbau einer "Nationalen Reserve Persönliche Schutzausrüstung". Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke hervor ([Drucksache 19/19845](#)). Für die nationale Reserve prüft die Bundesregierung die Einlagerung von Schutzmasken als Erstreserve und den Aufbau von Produktions- und Kapazitätsreserven.

Mit der nationalen Reserve will die Bundesregierung nicht nur die Versorgung des Gesundheitssystems mit Schutzausrüstung und medizinischen Verbrauchsgütern sicherstellen, sondern auch bei Bedarf vulnerable Gruppen in der Bevölkerung, Verwaltung und Wirtschaft sowie in den Kritischen Infrastrukturen (KRITIS) versorgen. Die Vorhaltung soll auch über das Jahr 2021 Bestand haben. Die Bundesregierung steht dazu in enger Abstimmung mit den Ländern, sowie der Europäischen Union. Um

die Abhängigkeit von ausländischen Produzenten für Schutz-ausrüstung zu senken, wurde zudem von der Bundesregierung das Förderprogramm "Produktionsanlagen von Schutzausrüstung und dem Patientenschutz dienender Medizinprodukte sowie deren Vorprodukte" initiiert.

Damit soll die Produktionskapazität von medizinischen Gesichtsmasken und filtrierenden Halbmasken in Deutschland erhöht werden. Die inländische Produktion soll rund 50 Prozent des Bedarfs im Gesundheitssektor decken.

Das Programm soll Investitionen in Anlagen zur Herstellung von zertifizierten FFP2/3-Masken und Anlagen zur Filtervliesherstellung fördern. Filtervlies ist ein zentrales Vorprodukt für Schutzmasken. Bis Ende August 2020 soll die Produktionskapazität für Schutzmasken auf jährlich 2,5 Milliarden steigen. Bis Ende Juni 2021 sollen sogar 4,5 Milliarden Schutzmasken in Deutsch-

land produziert werden. Insgesamt werden die Kosten für den Aufbau der Kapazitäten auf rund 250 Millionen Euro geschätzt. Der Bund stellt für die Förderung insgesamt 80 Millionen Euro zur Verfügung.

In einer weiteren Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der FDP ([Drucksache 19/19844](#)) wurde die Versorgung mit Schutzausrüstung thematisiert. So habe das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) schon Mitte Februar erste Hinweise auf Versorgungsengpässe mit Schutzausrüstung bekommen. Rund 70 Prozent der Krankenhäuser erwarteten damals Liefer-schwierigkeiten mit Schutzausrüstungen und Infektionsschutzartikeln.

Als Reaktion beschaffte der Bund gebündelt mehr als 500 Millionen FFP2/3-Masken. Die Gesamtkosten der Beschaffungen für die Masken belaufen sich auf rund 4,6 Milliarden Euro.



**CAK**  
Cyber Akademie

**Unser Angebot für Ihre digitale Souveränität**

Foto: ©Milian - stock.adobe.com

### IT-Sicherheit, Datenschutz, Open Source Intelligence (OSINT)

- **Kryptowährungen kompakt**  
14. Juli, 13:00-15:30 Uhr
- **OSINT in Sozialen Netzwerken**  
14. Juli, 15:45-17:45 Uhr
- **Eine Reise durch das Darknet**  
15. Juli, 13:00-15:30 Uhr
- **OSINT – Firmenrecherchen und Business Intelligence**  
15. Juli, 15:45-17:45 Uhr
- **OSINT – Verarbeitungs- und Analysetechniken**  
16. Juli, 15:00-17:00 Uhr
- **Datenschutzverstöße durch Beschäftigte verhindern**  
22. Juli, 10:00-12:30 Uhr
- **Aktuelle Urteile im Datenschutz und ihre Auswirkungen auf die Praxis**  
23. Juli, 10:00-12:30 Uhr
- **Individuelle Lösungen für Ihre Sicherheit unter:**  
[www.cyber-akademie.de/services](http://www.cyber-akademie.de/services)

Das komplette Webinarangebot finden Sie **hier**



Die Cyber Akademie ist Partner der Allianz für Cyber-Sicherheit

[www.cyber-akademie.de](http://www.cyber-akademie.de)



## Anerkennung von Notfallsanitätern

(BS) Die Bundesregierung hat den Bericht über die Regelungen zu den Anerkennungsverfahren nach dem Gesetz über den Beruf der Notfallsanitäterin und des Notfallsanitäters vorgelegt ([Drucksache 19/19955](#)). Daraus wird ersichtlich, dass die Anerkennung ausländischer Interessenten stockend verläuft.

Insgesamt gingen für die Anerkennung der Berufsqualifikation bei den Ländern in den vergangenen Jahren sehr wenige Anträge ein. Die Hälfte der Bundesländer erhielten bis Ende 2019 nur Anträge in einstelliger Höhe. In anderen Ländern wie Baden-Württemberg würden ungefähr zehn Anträge pro Jahr gestellt. Gleiches ließe sich auch in Nordrhein-Westfalen beobachten.

Bei der Bearbeitung des Anerkennungsverfahrens ergebe sich auch ein höchst unterschiedliches Bild. Während Bundesländer wie Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern die Bearbeitungsfrist von vier Monaten meistens bzw. überwiegend ein-



Nur sehr wenige Anerkennungsanträge gehen bei den Ländern ein.

Foto: BS/ Ingo Kramarek, [pixabay.com](#)

halten, konnte Baden-Württemberg in den wenigsten Fällen der Frist gerecht werden. Ein Hauptgrund dafür sei laut Bericht der enorme Aufwand der Überprüfung. Dieser entstehe durch die geringe Qualität der Übersetzungen der eingereichten Unterlagen, die unterschiedlichen Bewertungssysteme oder Probleme beim Nachweis über ausreichende Sprachkenntnisse. Zudem würde es noch große Unterschiede bei der Ausbildung der Sanitäter im Ausland geben.

### Vereinheitlichung sinnvoll

Aufgrund dessen fordern die Länder eine bundesweite Vereinheitlichung bei den Anerkennungsverfahren für den Beruf des Notfallsanitäters. Als wichtiger Punkt der Vereinheitlichung nannten die Länder die Einführung eines bundesweit geltenden Sprachniveaus. Zudem könnten Anpassungslehrgänge an Ausbildungsstätten im Rahmen des regulären Schulbetriebs eingerichtet werden, um mögliche Defizite der Antragssteller ausgleichen zu können.

Brandenburg schlägt zudem eine Prüfung zur Einführung eines bundeseinheitlichen gemeinsamen Anpassungslehrgangs vor, da die geringe Zahl von Anträgen in den Ländern einen Lehrgang auf Landesebene nicht rechtfertigen. Dies decke sich mit den Erfahrungen aus Nordrhein-Westfalen. Dort fehle es an der Bereitschaft der Bildungseinrichtungen aufgrund der "geringen Vergütung bei verhältnismäßig hohem Aufwand".

## ITH bleibt am Boden

(BS) Der Betrieb des Intensivtransporthubschraubers (ITH) Akkon Bochum 89/1 der Johanniter-Luftrettung (JLR) ist bis auf Weiteres eingestellt worden. Hintergrund sind die Corona-Pandemie sowie noch offene Forderungen an Krankenkassen.

So seien ausstehende Rechnungen von Krankenkassen noch nicht beglichen worden. Die Forderungen bestünden schon seit Ende 2017. Rechnungssummen wurden nicht genannt. Einige Krankenkassen würden die Erstattungen komplett zurückhalten oder nur Anteile bezahlen.

Gespräche mit den Kostenträgern seien bisher gescheitert, sodass eine Klage eingereicht wurde. Bis zum Abschluss der Gerichtsverhandlungen bleibe der Betrieb eingestellt.

Der ITH Akkon Bochum 89/1 bleibt damit vorerst am Boden. Er ist am Flugplatz Marl-Loemühle stationiert und führt mit seinem Kooperationspartner, dem berufsgenossenschaftliche Universitätsklinikum Bergmannsheil, Verlegungsflüge für Patienten durch. Zudem kann der ITH für Einsätze in ganz Nordrhein-Westfalen eingesetzt werden.

Der ITH Akkon Bochum 89/1 ist seit dem Jahr 2016 im Einsatz. Erst zum Anfang dieses Jahres wurde die Genehmigung durch die Bezirksregierung Münster für den weiteren Betrieb um drei Jahre verlängert. Aufgrund der Corona-Eindämmungsmaßnahmen im Zuge der Pandemie brachen die Einsatzzahlen massiv ein.

## Jeden Dienstag neu – Behördenwissen zum Reinhören:

- **Bespuckt und getreten:** Jahresbericht 2019 der Feuerwehr Berlin. Ein Interview.
- **Der Ton macht die Musik:** Tarifverhandlungen und die Sorge vor Neid. Ein Kommentar.
- **Angst vor Lockdown:** Wie Kommunen auf Neuinfektionen reagieren. Eine Recherche.

[behoerden-spiegel.de/podcast](http://behoerden-spiegel.de/podcast)



PUBLIC SECTOR  
INSIDER

Der Podcast des  
Behörden Spiegel

## THW im Einsatz für die Staatsanwaltschaft

(BS) In den vergangenen Monaten übernahm das Technische Hilfswerk (THW) eine Vielzahl an Aufgaben, die normalerweise nicht direkt in das Aufgabenspektrum der Organisation fallen. Nun war das THW für die Staatsanwaltschaft Schwerin im Einsatz und transportierte beschlagnahmte Paletten mit Schutzmasken.

Die Staatsanwaltschaft Schwerin ermittelte aufgrund des Verdachts auf gemeinschaftlichen gewerbsmäßigen Betrug sowie Verstoßes gegen das Medizinproduktgesetz gegen einen Beschuldigten im Landkreis Ludwigslust-Parchim. Im Zuge der Ermittlungen wurde ein Hallenkomplex vom Landeskriminalamt (LKA) durchsucht. Dabei wurden erhebliche Mengen von Schutzmasken gefunden und rund 900 Paletten beschlagnahmt.

Das THW wurde unter Geheimhaltung beauftragt, die beschlagnahmte Ware abzutransportieren. Aufgrund der großen Menge der Paletten mussten mehrere Ortsverbände aktiv werden. Neben dem THW-Ortsverband Ludwigslust wurden die

Ortsverbände Bad Doberan, Gadebusch, Güstrow, Parchim, Rostock, Schwerin und Wismar tätig. Zudem stellte eine Spedition weitere Transportkapazitäten zur Verfügung. Der Einsatz konnte nach drei Tagen erfolgreich abgeschlossen werden. Die Ermittlungen gegen den Beschuldigten dauern an.



*Der Einsatz im Auftrag der Staatsanwaltschaft Schwerin bescherte dem Technischen Hilfswerk (THW) nach eigenen Angaben einen der größten Transportaufträge in Mecklenburg-Vorpommern.*

*Foto: BS/THW*

## 20.000 Beatmungsgeräte beschafft

(BS) Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) hat aufgrund der Corona-Krise insgesamt mehr als 20.000 Beatmungsgeräte bei unterschiedlichen Herstellern beschafft. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung ([Drucksache 19/19924](#))



*Bei akuten Fällen müssen an Covid-19 erkrankte Personen künstlich beatmet werden.*

*Foto: BS/Michael Schwarzenberger, [pixabay.com](https://pixabay.com)*

auf eine kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der FDP hervor. Mit dieser Beschaffung sollen die Beatmungskapazitäten in den intensivmedizinischen Einrichtungen erhöht werden. Dabei wurde eine Mischung aus drei verschiedenen Leistungsklassen von Beatmungsgeräten beschafft. Dabei stützte sich das BMG auf Behandlungserfahrungen aus Italien und China. Die Verteilung an die Länder erfolgt unter Berücksichtigung der regionalen Bedürfnisse. Die Gesundheitsministerien der Länder übernehmen dann selbstständig die Verteilung innerhalb ihres Bundeslandes. Da ein Teil der beschafften Geräte noch produziert werden muss, wird die Verteilung über mehrere Monate stattfinden. Die Kosten für die Beatmungsgeräte werden zunächst über außerplanmäßige Ausgaben aus dem Nachtragshaushalt 2020 des BMG bestritten. Die Länder wiederum erstatten dem Bund jeweils den Einkaufspreis.

## FW-Atemschutz im OP

(BS) Not macht bekanntermaßen erfindereich. Das gilt auch für Kliniken in Bayern. Da manche Operationen nicht aufschiebbar sind und die Lieferungen von Infektionsschutzschrüstung sich teilweise verzögern, kooperieren die Krankenhäuser in Würzburg mit der Feuerwehr. Diese stellt den Kliniken Atemschutztechnik für die Eingriffe zur Verfügung.

Die Staatliche Feuerweherschule Würzburg (SFSW) hilft dem Universitätsklinikum der Stadt mit 30 Vollschutzmaskensätzen aus. Damit das Klinikpersonal bei den OPs nicht die schweren Sauerstoffflaschen mit sich tragen muss, wurden die Masken an das integrierte Luftleitungssystem des Krankenhauses angeschlossen. Dadurch fällt auch die Limitierung der Atemluft weg. Die genutzte Ausrüstung wird von der SFSW anschließend abgeholt und aufbereitet.

Das behandelnde Personal wurde durch die Kräfte der Feuerweherschule in die richtige Handhabung eingeführt. Die Erfahrungen des Klinikpersonals mit dem Gerät seien durchweg positiv.

## Kupfer desinfiziert

(BS) Anfang Juli kamen erstmals Gesichtsmasken unter dem Namen "BioBlocX" mit selbstdesinfizierenden Fähigkeiten auf den deutschen Markt.

Grundlage der neuen Masken ist eine Kupferoxidverbindung, die in die Fasern eingearbeitet wird und Viren wie das Corona-Virus Sars-CoV-2 abtötet.

Dazu werden die Fasern der Maske in einer Reaktorkammer Ultraschallwellen ausgesetzt und mit einer Kupferoxidverbindung sowie weiteren Verbindungen "abgestrahlt". Die genutzten Chemikalien seien sicher und wirkten über die komplette Lebensdauer der Maske hinweg.

Hinter "BioBlocX" steht das Unternehmen Argaman Technologies Ltd., das hauptsächlich auf dem US-amerikanischen Markt tätig ist. In Deutschland werden für den europäischen Markt über die Firma Medical Shield GmbH & Co. KG. Produktions-, Vertrags- und Subunternehmen aufgebaut.

## NABK in Celle wird erweitert



Der Leiter der Abteilung für Kommunales, Brand- und Katastrophenschutz im niedersächsischen Innenministerium Dr. Alexander Götz, der Präsident des niedersächsischen Landesfeuerwehrverbands Karl-Heinz Banse, Innenminister Boris Pistorius (SPD), der Leiter der niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK) Oliver Moravec und Ulrike Herda vom Staatlichen Baumanagement (v.l.n.r.) führten gemeinsam den Spatenstich für das neue Wirtschaftsgebäude am Celler Standort der NABK durch.

Foto: BS/Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport

(BS) An die Niedersächsische Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK) konnten zwei neue Übungsgebäude übergeben werden. Zudem begannen die Baumaßnahmen für ein weiteres Wirtschaftsgebäude.

Nach einjähriger Bauzeit konnten am NABK-Standort Celle-Scheuen, dem ehemaligen Gelände der Freiherr-von-Fritsch-Kaserne, die Umbaumaßnahmen an zwei ehemaligen Unterkünften der Bundeswehr fertiggestellt werden. Diese dienen nun als neue Simulations- und Übungsgebäude. Dort können unter lebensnahen Bedingungen Feuerwehreinsätze trainiert werden. Dazu wurden verschiedene Bereiche mit gespendeten Einrichtungsgegenständen

ausgestattet. So verfügen die Gebäude über Bereiche, die Krankenhäuser, Pflegeheime, Verkaufsstätten oder Wohnungen simulieren. Zudem kann an den neuen Gebäuden der Umgang mit Einrichtungen des anlagentechnischen Brandschutzes, wie beispielsweise trockenen Steigleitungen, erlernt werden. Die Kosten für die Umbaumaßnahmen betragen rund 2,6 Millionen Euro.

### Weitere Bautätigkeiten an der NABK

Die NABK kann sich neben den übergebenen Bauwerken gleich auf das nächste freuen. Denn in Nähe der neuen Trainingsstätten soll ein neues Wirtschaftsgebäude entstehen. In dem neuen Bau sollen in Zu-

kunft rund 200 Lehrgangsteilnehmer zum Essen in einem 330 Quadratmeter großen Saal Platz finden. Dafür wird eine Großküche mit mehreren Kühlräumen und automatisierter Bandspülmaschine gebaut. Außerdem soll der große Saal zukünftig für weitere Veranstaltungen genutzt werden. Die Fertigstellung ist Ende 2021 geplant und verursacht Kosten in Höhe von 5,8 Millionen Euro.

In den nächsten Jahren sind Neu- und Umbaumaßnahmen am Standort Celle-Scheuen der NABK für rund 25 Millionen Euro geplant. Von diesem Geld sollen u. a. Neubauten für eine Lehrleitstelle, eine neue Heizzentrale für alle Gebäude sowie weitere Übungsanlagen entstehen.

**DAS NEUE PODCASTFORMAT:**  
3 Fragen – 3 Antworten – 3 Minuten

Alle 14 Tage neu –  
Behördenwissen zum Reinhören:

- Bundes-CIO Dr. Richter:  
Wie die Pandemie die Digitalisierung befeuert.  
Ein Interview.

[behoerden-spiegel.de/podcast](https://behoerden-spiegel.de/podcast)

**STICHWORT**



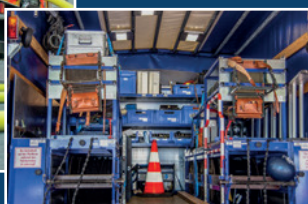
**PUBLIC SECTOR  
INSIDER**

Der Podcast des  
Behörden Spiegel



# BOS

## Beschaffungertage 2020 10. – 11. November 2020



### Fachvorträge und Workshops zu den Themen:

- Das Leistungsbestimmungsrecht bei BOS-Beschaffungen
- Rahmenverträge in der Beschaffungspraxis
- Sicherheits- und haftungstechnische Aspekte bei der Beschaffung von Einsatzfahrzeugen
- Lohnt sich eine Innovationspartnerschaft?
- Praktische Unterschwellenvergabe
- Vergabemodelle bei Planung & Bau von BOS-Spezialimmobilien
- eVergabe: aktuelle Rechtsprechung & Praxisaustausch
- Aktuelle vergaberechtliche Rechtsprechung in BOS-orientierter Auslese
- Beschaffung von Einsatzleitwagen: Herausforderungen und Herangehensweisen
- Beschaffung von Einsatz-Schutzkleidung
- Fristenmanagement im Vergabeverfahren
- Leasing von Einsatzfahrzeugen

[www.bos-beschaffungertage.de](http://www.bos-beschaffungertage.de)

Eine Veranstaltung des **Behörden Spiegel**

Fachliche Leitung

**MAYBURG**  
RECHTSANWALTSGESELLSCHAFT MBH  
RECHTSANWÄLTE | FACHANWÄLTE

#### Impressum

Herausgeber und Chefredakteur von Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.: Uwe Proll.

Redaktionelle Leitung: Marco Feldmann, Bennet Klawon. Redaktion: Jörn Fieseler, Guido Gehrt, Michael Harbeke, Katarina Heidrich, Tanja Klement, Lora Köstler-Messaoudi, Gerd Lehmann, Wim Orth, Thomas Petersdorff, Dr. Gerd Portugall, Dr. Eva-Charlotte Proll, Kilian Recht, Benjamin Stiebel. Redaktionsassistentin: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin).

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, Telefax: 0049-228-97097-75,

E-Mail: [redaktion@behoerderspiegel.de](mailto:redaktion@behoerderspiegel.de); [www.behoerderspiegel.de](http://www.behoerderspiegel.de). Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll.

Programmbeirat: Gerd Friedsam, Christoph Flury, Ulrich Grüneisen, Siegfried Jachs, Peter-Michael Kessow, Dr. Johannes Richert, Rainer Schwierczinski, Jochen Stein, Robert Stocker, Christoph Unger. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.